

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 28. März 1930
Freitag Morgen

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein, Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 68, Friedrichstraße 104. Fernsprecher: 24011
8887-8849. Telegramm-Adresse: Nordost. Postcheck-Konto:
Berlin Nr. 107941. Bank-Konto: Darmstädter und National-
bank. Depostenkasse Berlin SW 68, Friedrichstraße Nr. 66



Die „DAZ“ erscheint wöchentlich zwölfmal. Bezugspreis
monatlich 4,80 R.-M. (in Berlin eigene Botenanstellung). An-
zeigenpreise: 0,40 R.-M. Familien-Anzeigen und Stellen-
gesuche 0,25 R.-M. die 27 mm breite Millimeter-Zelle. Bei un-
verwundelter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung

69. Jahrgang
Nr. 147
10 Pfennig

Gesamtdemission des Kabinetts

Die letzten Kompromißverhandlungen gescheitert — Zustimmung der Deutschen Volkspartei, Ablehnung der Sozialdemokratie — Das Ende der Großen Koalition — Der Reichspräsident wünscht Neubildung binnen 24 Stunden Dr. Brüning heute bei Hindenburg

Wendepunkt

Dr. F. K. Das Kabinett Müller ist gestürzt. Der zweite Versuch, in der deutschen Republik mit der Großen Koalition zu regieren, ist gescheitert. Wie im Herbst 1923, so fändigte auch diesmal die Sozialdemokratie die Regierungsgeschäfte. Die Sozialdemokratie hat sich abgefunden mit der Großen Koalition, insbesondere auch die Deutsche Volkspartei, in der strittigen Frage der Arbeitslosenversicherung um des Ausgleichs willen das Opfer des Mittelstands gebracht, wobei die Sozialdemokratie mit erheblicher Mehrheit das ihr glänzende Kompromiß jurist. Herr Wiffell legte über den Reichstagsrat und seine Ministerkollegen im Kabinett. Die Koalition, die zusammengefallen war, konnte, so lange die entscheidenden außenpolitischen Fragen im Herbst 1929, bei der Entscheidung des Rates der Großen Koalition, nicht auf ihren eigenen Unabhängigkeit in dem Moment aufgeben, da es darauf ankommt, die innenpolitischen und finanzpolitischen Konsequenzen aus einer nur einmal durch die Entscheidung des Young-Planes feststehenden außenpolitischen Linie zu ziehen.

Es ist im Grunde ein natürlicher Vorgang, dessen Verlauf wir nicht einreden können, man mag jetzt eintrüben vor sich sehen. Es wird Gelegenheit sein, die persönliche Leistung der Mitglieder eines Kabinetts gerecht und ausschließlich zu würdigen, das im ganzen verfallen mußte, obwohl es zum Teil noch Lehmann, annehmbar, nicht, aus persönlichen und natürlichen Gründen. Insbesondere ist hier der Reichstagsrat zu nennen, dem kein Aufbruch aus der Verantwortung des Jahres 1928 bei der Entscheidung des Rates der Großen Koalition, nicht auf ihren eigenen Unabhängigkeit in dem Moment aufgeben, da es darauf ankommt, die innenpolitischen und finanzpolitischen Konsequenzen aus einer nur einmal durch die Entscheidung des Young-Planes feststehenden außenpolitischen Linie zu ziehen.

In dieser Stunde aber kommt es nicht darauf an, nach rückwärts zu sehen und eine abgelebte Epoche zu würdigen. Wir müssen vielmehr nach vorn blicken, und den Blick in die Zukunft richten. In der „DAZ“ ist am Tage nach der Reichstagswahl 1928 in einem Aufsatz „Reichstagsrat Otto Braun“ geäußert worden, es möge aus dem für das Bürgerium nichtbestimmten Charakter der Betrauung des besten Mannes der größten Partei mit der Führung der Regierung emporschauen, damit das Land und ihre eigenen Wähler in der Lage seien, ein Bild von der Breite sozialdemokratischer Auffassung zu gewinnen. Dieser Vorbehalt hat auch das Kabinett Müller genügt, obwohl es nicht den persönlichen Ministerpräsidenten zum Führer hatte. Der sich auf diese, von jeder Parteipolitik völlig freie Haltung nach der letzten Reichstagswahl, nicht nur auf diese, sondern auch auf die Bedeutung eines jenseitigen Experiments im Interesse des Landes liegt, das ein neuer Kurs eingeschlagen werden muß, um das deutsche Volk aus einer allmählich unerrücklich werdenden tiefsten Ernüchterung zu befreien.

Es wäre — im formal-parlamentarischen Sinne — möglich, die Sozialdemokratie, die die Regierung Müller geführt hat, mit der Neubildung des Kabinetts zu beauftragen. Aber wir glauben, daß es für diesen Versuch zu spät ist, nachdem die Sozialdemokratie ihre Abgabe nicht nur an die letzten Kompromißverhandlungen, sondern an das gesamte Unterprogramm der Regierung erteilt hat. Es muß vielmehr der Versuch gemacht werden, ein Kabinett der Großen Koalition zu bilden, das in der Lage ist, die Verantwortung der Reichstagswahl von Ende 1929 in kürzester Frist zu verabschieden, und zwar wenn möglich, auf parlamentarischen Wege. Die schwierigen Verhandlungen zwischen den Parteien sind uns voll verständlich. Wir glauben trotzdem nicht an das Mittelstück von Ausnahmestimmungen. Ausgewählte Mitglieder sind in der Verantwortung vorgegeben und in den letzten Jahren unter dem Druck äußerer Notwendigkeiten wiederholt angewendet worden. Wir sind aber der Meinung, daß es als Reserve benutzt werden müssen, deren Wert größer ist, wenn man darauf verzichten kann, wenn jeder Mann regieren. Zunächst wird es darauf ankommen, wenn es irgend angeht, seine Anwendung zu vermeiden.

Solche Möglichkeiten bestehen. Wir erinnern an das Manifest des Herrn Reichspräsidenten, der am 18. März in einer Rundrede an das deutsche Volk, für die Reichstagswahl im öffentlichen Auftrag, seine Stellung zum Young-Plan begründete und einen aufrichtigen Appell an die Parteien richtete, sich ihrer Pflichten gegenüber dem Vaterland und der Zukunft der Nation bewußt zu sein, die politischen Auseinandersetzungen der letzten Monate zurücktreten zu lassen hinter einer entschlossenen praktischen Arbeit, welche die Befriedung unserer Finanzen, die Befriedung unserer gesamten Arbeitskräfte, nicht zuletzt die Bänderung der schweren Lage der deutschen

Das Reichskabinett beschloß Donnerstag abend 7 1/2 Uhr im Reichstag die Gesamtdemission.

Dieser Entschluß geht auf das Scheitern der letzten Kompromißverhandlungen zwischen den Parteien der Großen Koalition zurück.

Der Reichspräsident wünscht, wie wir erfahren, im Hinblick auf die Dringlichkeit der bevorstehenden finanzpolitischen Aufgaben, die Bildung des neuen Kabinetts möglichst bis Freitag abend durchzuführen. Im Vordergrund steht die von uns bereits gemeldete Kandidatur Brüning. An einem solchen bürgerlichen Konzentrationkabinett würde sich voraussichtlich auch der Landbauführer Schiele beteiligen.

Dr. Brüning wird heute vormittag vom Reichspräsidenten empfangen und, wie angenommen werden darf, mit der Kabinettsbildung beauftragt werden.

Der Verfall der Großen Koalition wurde herbeigeführt durch die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu den Vermittlungsvorschlägen, die am Mittag in der Reichstagskammer, unter dem Vorsitz des Reichstagspräsidenten, im Hinblick auf die Arbeitslosenversicherung, sondern umfaßte das gesamte Finanzprogramm, obwohl natürlich die neu eingeleiteten Formulierungen über die Arbeitslosenversicherung im Vordergrund standen.

Die bürgerlichen Fraktionen der bisherigen Koalitionsgemeinschaft kamen der Reihe nach ziemlich rasch auf eine Entscheidung. Das Zentrum erklärte sich trotz ziemlich harter Opposition als erste Partei bereit, seine Zustimmung, selbstverständlich zu geben, die Bayerische Volkspartei, welche das Gesamtprogramm rasch ab, und zwar in einer Sitzung wegen der Arbeitslosenversicherung, die Deutsche Volkspartei, welche nach mehrmaliger Sitzung, ihre Bedenken zurückließ. Ihr Zustimmungsgesetz wurde mit 25 gegen 6 Stimmen gefaßt.

Die Beratungen der sozialdemokratischen Fraktion dauerten am längsten. Es fanden hier heftige Auseinandersetzungen statt, zumal Vertreter der freien Gewerkschaften eintraten, die sich gegen die Vermittlungsvorschläge in der Arbeitslosenversicherung aussprachen. Die gleiche Haltung hatte schon am Mittag der Reichstagspräsident Wiffell eingenommen. In der Debatte spielte ferner eine große Rolle der Hinweis auf die im Laufe des Sommers zu erwartenden Lohnkämpfe; die Gewerkschaftspartei empfahl im Hinblick auf diese Empfehlung, die Regierung so rasch wie möglich zu verlassen.

In der letzten Rede wurde die Position mit feiner großer Mehrheit, das Zentrum abgelehnt und die Rechte zu den ursprünglichen Entschlüssen der Regierung zu fordern.

Das Reichskabinett, das nunmehr zusammenbrach, konnte nur das Scheitern der letzten Kompromißverhandlungen und damit das Ende seiner eigenen Mission feststellen. Für die Zentrumsmehrheit, das Herr v. Gumbert eine scharfe Erklärung ab, in der er so

Sanctuarität und die Arbeiterbewegung ihrer Verantwortlichkeit zum Ziele haben muß. Reichstagspräsident, die Sozialdemokratie, die Arbeiterbewegung, die in den letzten Wochen so außerordentlich exponiert, daß es zu tragischen Mißverständnissen zwischen ihm und seinen Anhängern kommen konnte, daß ein so schmerzlicher Angriff gegen seine Ehre möglich wurde, wie ihn der General v. Gumbert in seiner Rede im Reichstag erst gestern abend unternommen hat. Wir halten es für ausgeschlossen, daß die Sozialdemokratische Volkspartei, deren Mitglieder er war, sich seinen bringenden Appell entziehen könnte. Die wirklichen Ziele in dieser Partei sind jedoch eine außerordentlich kleine Gruppe, und das vom Reichspräsidenten in seinem Manifest formulierte Regierungsprogramm, das insbesondere die Rettung der Landwirtschaft ins Auge faßt, scheint eine unüberwindliche Barriere für unrichtige Regungen zu sein.

Wenn wir die Lage richtig deuten, ist dem deutschen Bürgerium noch einmal eine große Chance gegeben. Die Sanierung des Staats und der Finanzen kann nur aus dem bürgerlichen Geiste der Sparsamkeit und Verantwortung erwachsen. Die Sozialdemokratie ist ein gleichberechtigter Partner im politischen Spiel der Kräfte, der heute in der Regierung besteht. Die Sozialdemokratie hat sich nicht zu scheuen, den auch sie bezieht, ohne die staatsmännliche Kraft zu seiner Durchsetzung zu besitzen. Wir wissen

zur Verfügung stellt, wofür begründete Anzeichen vorliegen. Würde das bedeuten, daß die Deutschnationalen trotz ihrer grundsätzlichen Einstellung dem Kabinett loyale



Dr. Brüning

entgegenbringen würden? Das hängt von dem Verhalten Gumberts ab. Sollte sich die Deutschnationalen Partei in ihrer Gesamtheit einen Appell des Reichspräsidenten verweigern, so würde wahrscheinlich ein großer Teil der Reichstagsfraktion trotzdem mit Herrn Schiele den für richtig erachteten Weg einschlagen. Man glaubt aber nicht, daß es Schiemer-Suenberg auf eine neue Spaltung seiner Partei ankommen läßt; es besteht so die Möglichkeit, daß er den Regierungseintritt des Ministers Schiele toleriert.

Welche Zusammenfügung das neue Kabinett im übrigen haben wird, dürfte sich im Laufe des heutigen Tages herausstellen. Zweifellos wird ein großer Teil der bisherigen Minister in den Ministern verbleiben, nämlich die dem Zentrum und den Demokraten angehörenden Mitglieder des Kabinetts, gegebenenfalls unter Austausch einiger Ressorts. Insbesondere sind Veränderungen im Innere, dem verordneten Reichsfinanzminister Dr. Dietrich im Innere zu halten, auch wenn Minister a. D. Schiele eintreten sollte. Was die vormaligen Reichsminister angeht, so ist zu erwarten, daß Reichsfinanzminister Dr. Nordens auf er sein Ressort behalten wird.

Da es fraglich ist, ob noch eine parlamentarische Möglichkeit besteht, die unbedingt erforderlichen neuen Steuermaßnahmen bis zum 1. April auf dem ordnungsmäßigen Wege zu sichern, ist hierfür mit einer Anwendung des Art. 48 der Weimarer Verfassung zu rechnen. Im übrigen dürfte Dr. Brüning — ebenso wie die Minister im folgenden Artikel — seine Verantwortung dem Reichspräsidenten übertragen, auf parlamentarischen Wege zu regieren, so lange es möglich ist.

Die amtliche Mitteilung

Der Reichspräsident hat heute den Reichskabinett, dem Herr Reichspräsidenten die Demission der Reichsregierung zu unterbreiten. Der Reichstagspräsident hat in der Sitzung des Reichstags die dem Reichspräsidenten übermittelte Demission des Reichskabinetts in einer feierlichen Rede an den Reichspräsidenten übergeben. Der Reichspräsident hat die Demission des Reichskabinetts angenommen. Er hat die Reichsregierung beauftragt, die dem Reichspräsidenten übermittelte Demission des Reichskabinetts in einer feierlichen Rede an den Reichspräsidenten übergeben. Der Reichspräsident hat die Demission des Reichskabinetts angenommen. Er hat die Reichsregierung beauftragt, die dem Reichspräsidenten übermittelte Demission des Reichskabinetts in einer feierlichen Rede an den Reichspräsidenten übergeben.

Der Reichstagsrat hat heute den Reichspräsidenten über die Demission des Reichskabinetts in einer feierlichen Rede an den Reichspräsidenten übergeben. Der Reichspräsident hat die Demission des Reichskabinetts angenommen. Er hat die Reichsregierung beauftragt, die dem Reichspräsidenten übermittelte Demission des Reichskabinetts in einer feierlichen Rede an den Reichspräsidenten übergeben.

Der Eindruck in Wien

Der Druck des Reichskabinetts hat in Wien starken Eindruck gemacht. Die Regierung Müller war allerdings nach heftiger Auffassung lang lange überlebt, wobei man hier allerdings die programmatischen Absichten als die persönliche Verantwortung und Unzulänglichkeit dieser Personen als ungenügend empfand. Wählerstimmen liegen zur Stunde noch nicht vor.